

# NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung des

**Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Brakel  
am 14.03.2002  
in Brakel, Sitzungssaal der „Alte Waage“**

Beginn: **18.00 Uhr**

Ende: **19.45 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bürgermeister Spieker** die Ratsmitglieder:

<b>CDU</b>	Allerkamp, Franz-Hermann Beyermann, Elisabeth Gerdes, Ferdinand Krömeke, Johannes Lange, Heinz Lohre, Helmut ab TOP 2 Muhr, Adolf (Vertreter für Wulff) Waldeyer, Peter	<b>SPD</b>	Aßmann, Peter Kruse, Johannes Multhaupt, Hans-Jürgen
		<b>UWG/CWG</b>	Gönnewicht, Erwin Wintermeyer, Paul
		<b>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b>	Schulte, Meinolf bis TOP 9

**Es fehlt das Ratsmitglied:**

**Als beratende Mitglieder nehmen teil:**

Pastor Volker Walle TOP 2 bis TOP 9b  
Theo Kleine-Wilde

**Als Gäste nehmen teil:**

Elke Endemann (Streetworkerin des Caritas-Verbandes) bis TOP 2  
Anke Strüve (Jugendmitarbeiterin der evangel. Kirchengemeinde Brakel) bis TOP 2

**Von der Verwaltung nehmen teil:**

StOVR Hermann Temme  
StAR Rudolf Schröder  
StBA Johannes Groppe  
Diplom-Sozialpädagogin Ingrid Roland bis TOP 3  
StHS Ulrike Nolte

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt die Sitzungsteilnehmer, Gäste, Zuhörer, Vertreter der Presse und **stellt die Beschlussfähigkeit** fest.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

## A) Öffentliche Sitzung

### 1. Besetzung eines stellvertretenden Ausschusssitzes im Bezirksausschuss Beller

Drucksache-Nr.: 154

Berichterstatter: Bürgermeister

#### Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat „Der bislang freie Ausschusssitz eines Verhinderungsververtreters im Bezirksausschuss Beller wird entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion durch Herrn Alfons Löneke ersetzt“.

### 2. Mögliche Schaffung eines Integrationsanlaufpunktes für Jugendliche in Brakel

Beratung mit den Leiterinnen der Jugendfreizeitstätten, der Streetworkerin und dem Leiter des Ordnungsamtes

Berichterstatter: Bürgermeister, Frau Roland, Frau Endemann, Frau Strüve u. StAR Schröder

Bürgermeister **Spieker** verdeutlicht unter Bezugnahme auf die Ratssitzung vom 31.01.2002 den Antrag der Stadt Brakel beim LEADER+ Programm, die Schaffung eines Anlaufpunktes (Bolzplatz) für Jugendliche auf dem Gelände der Firma Immosana. Der bestehende Diskussionsbedarf aus der v.g. Sitzung gibt Veranlassung, die Erfahrungen der Leiterinnen der Jugendheime, Streetworkerin und des Ordnungsamtsleiters mit in die Beratung einfließen zu lassen.

StAR **Schröder** weist zunächst auf die Problematik im Eingangsbereich „Bökendorfer Grund“ hin. Hier treffen sich vorwiegend jugendliche Spätaussiedler, was zu enormen Lärmbelästigungen, Verunreinigungen und letztendlich einer Gefährdung der Schulkinder führt. Da sich die Beschwerden der dort wohnhaften Anwohner häufen, wird die Schaffung eines Alternativtreffpunktes für diese Jugendlichen in jedem Fall für sinnvoll erachtet.

StAR **Schröder** befürwortet die geplante Errichtung eines Bolz- bzw. Spielplatzes auf dem Gelände der Fa. Immosana in zweierlei Hinsicht, einerseits wird das Ortsbild optisch aufgewertet und zudem ein Anlaufpunkt geschaffen, der in ausreichendem Abstand zum Wohngebiet liegt. Kontrollen seitens der Polizei und des Ordnungsamtes werden jedoch weiterhin Bestand haben, da das Problem des Alkoholkonsums lediglich verlagert und nicht beseitigt wird.

Frau **Roland**, Leiterin der städt. Jugendfreizeitstätte, befürchtet, die Mentalität der jugendlichen Spätaussiedler, sich allabendlich an einem Ort zu „versammeln“, kann nicht unterdrückt werden. Es sollte daher ein „Versammlungsort“ gefunden werden, der für alle Beteiligten akzeptabel ist. Die Errichtung eines Bolzplatz/Spielplatz auf dem ehemaligen Kasernengelände könnte daher der richtige Ansatzpunkt sein.

Frau **Endemann**, Streetworkerin des Cartias-Verbandes, gibt zu bedenken, dass es sich hier um ein Generationsproblem handelt, das durch die Anlegung eines Bolzplatzes nicht beseitigt werden kann. Die Idee ist in jedem Fall zu unterstützen, doch die Jugendlichen werden sich wie gehabt an den gewohnten Plätzen treffen, und die Beschwerden aus der Bevölkerung Bestand haben.

Frau **Strüve**, Jugendmitarbeiterin der evangelischen Kirchengemeine Brakel, betreut im evangelischen Jugendheim einen sehr hohen Anteil Spätaussiedler (90%). Ihre Erfahrung zeigt, dass die Jugendlichen sehr interessiert an den angebotenen Aktionsprogrammen teilnehmen, was vorwiegend auf die gezielte Auswahl der Themen zurückzuführen ist.

Ratsherr **Abmann** ist erstaunt, dass die Schaffung der Begegnungsstätte seitens der Sozialpädagogen befürwortet wird, da dieses Ziel bislang nicht angestrebt wurde. Er stellt sich die Frage, in wie weit aufgrund der Auslagerung des Treffpunktes mit einem vermehrten Drogenkonsum zu rechnen ist.

Frau **Roland** sieht hier keine Gefahr, denn den Jugendlichen ist bekannt, dass mit vermehrten Kontrollen durch die Polizei und das Ordnungsamt zu rechnen ist.

Auf Anfrage des Ratsherrn **Schulte** teilt Frau **Endemann** mit, dass in der Altersgruppe 16-25 Jahre derzeit 79 männliche und 55 weibliche Jugendliche im Bereich „Bökendorfer Grund“ wohnen. Sie weist aber auch darauf hin, dass an den abendlichen Treffen sehr viele Auswärtige teilnehmen. Ratsherr **Schulte** sieht die Gefahr, dass aufgrund der lauten Autostereoanlagen trotz des größeren Abstandes zum Wohngebiet mit Lärmbelästigungen zu rechnen ist.

StAR **Schröder** berichtet anschließend, dass an den Wochenenden nun auch vermehrt die Schulhöfe frequentiert werden und hier ebenfalls erhebliche Verunreinigungen (Scherben pp.) zu verzeichnen sind. Die anschließenden Gespräche mit den Jugendlichen werfen durchweg die Frage auf, wo sich ein Alternativtreffpunkt bieten könnte. Herr **Kleine-Wilde** geht ebenfalls auf diese Problematik ein und berichtet entsprechend über die zusätzlichen Kontrollgänge des Hausmeisters an den Wochenenden.

Ratsherr **Waldeyer** regt an, den älteren Jugendlichen der einzelnen Gruppen Betreuungsfunktionen zu übertragen, um so eine Kontrollmöglichkeit zu schaffen. Die Sozialpädagoginnen sehen keine Möglichkeit dieses zu realisieren, da die Gruppen fest zusammenhalten und keine Bereitschaft bestehen wird, eine derartige Verantwortung zu übernehmen.

Ratsherr **Lohre** weist auf die Möglichkeit hin, gemeinsam mit den verantwortlichen Eltern an einer Lösung des Problems zu arbeiten. Eine Vermittlungsmöglichkeit durch die Eltern sieht Frau **Endemann** nicht, da der Großteil der Jugendlichen bereits volljährig ist und zudem die Erziehungsberechtigten durch ihre eigenen Probleme vollkommen überfordert sind. Frau **Roland** stimmt dem zu und berichtet in diesem Zusammenhang über eigens für diese Eltern durchgeführte Veranstaltungen, die kaum Anklang gefunden haben.

Bürgermeister **Spieler** sieht die Integration der Jugendlichen als ein vielgeschichtetes Gesellschaftsproblem, welches als langfristige Aufgabe zu werten ist. Die Stadt Brakel hat die Problematik früh erkannt und eine Ordnungspartnerschaft geschaffen, ein weiterer Ansatzpunkt sollte nun der Antrag beim LEADER+ Programm sein.

Er empfiehlt abschließend, den Mitgliedern einen jährlichen Erfahrungsbericht über die Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt in dieser Angelegenheit zu geben.

**3. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufhebung und den Beginn der Sperrzeit an bestimmten Tagen für Schank- und Speisewirtschaften, öffentliche Vergnügungsstätten sowie für Jahrmärkte im Gebiet der Stadt Brakel**

Drucksache Nr.: 155  
Berichterstatter: StAR Schröder

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat, den Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufhebung und den Beginn der Sperrzeit an bestimmten Tagen für Schank- und Speisewirtschaften, öffentliche Vergnügungsstätten sowie für Jahrmärkte im Gebiet der Stadt Brakel. Die Ordnungsbehördliche Verordnung wird **Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Rates** am 21.03.2002.

**4. Neufestsetzung der Aufwandsentschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Brakel**

Drucksache Nr.: 156  
Berichterstatter: StAR Schröder

In seiner Berichterstattung hebt StAR **Schröder** die verantwortungsvollen Tätigkeiten des Löschzugführers und des Jugendwartes hervor, wodurch eine entsprechende Anhebung der Aufwandsentschädigungen in jedem Fall gerechtfertigt ist.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat, die monatliche Dienstaufwandsentschädigung für Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Brakel mit Rückwirkung zum 01.01.2002 wie folgt festzusetzen:

Stadtbrandmeister	179,00 €
<i>davon 26,00 € als Ausbildungsvergütung</i>	
stellv. Stadtbrandmeister je	59,00 €
Löschzugführer Brakel	74,00 €
stellv. Löschzugführer je	27,00 €
Löschgruppenführer je	27,00 €
Jugendwart	40,00 €
Atemschutzgerätewarte je	30,00 €
Gerätewarte Löschzug je	27,00 €
Gerätewarte Löschgruppen je	13,50 €

**5. Sportlerehrung der Stadt Brakel im Rahmen des Stadtfestes**

Drucksache Nr.: 157  
Berichterstatter: StOVR Temme

Nach einer Darstellung des Sachverhaltes durch StOVR **Temme** bittet Bürgermeister **Spieker** die Mitglieder des Ausschusses um Vorschläge.

Ratsherr **Lohre** schlägt seitens der CDU-Fraktion vor, Verena Adler als Sportlerin des Jahres 2001 und die Junioren A des Bürgerschützenvereins Brakel als Mannschaft des Jahres 2001 auszuzeichnen. Da keine weiteren Vorschläge vorgebracht werden, lässt Bürgermeister **Spieker** entsprechend abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss benennt bei 1 Enthaltung **einstimmig**, Verena Adler zur Sportlerin des Jahres 2001 und die Junioren A des Bürgerschützenvereins Brakel zur Mannschaft des Jahres 2001.

## 6. Volkshochschul-Zweckverband

### Änderung der Verbandssatzung

Drucksache Nr.: 158

Berichterstatter: StOVR Temme

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat, der „4. Satzung zur Änderung der Satzung des Volkshochschul-Zweckverbandes Bad Driburg, Brakel, Nieheim und Steinheim vom 11.07.1975“ –zuzustimmen. Der Protokollauszug wird **Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Rates** am 21.03.2002.

## 7. Aufhebung der Förderrichtlinie Niedrigenergiehaus-Förderung in der Stadt Brakel

Drucksache Nr.: 159

Berichterstatter: StBA Groppe

Im Anschluss an die Berichterstattung durch StBA **Groppe** stellt Ratsherr **Schulte** fest, dass in lediglich drei Fällen Mittel aus diesem Förderprogramm in Anspruch genommen wurden, so dass unverbrauchte Gelder weiterhin zur Verfügung stehen müssten.

Er stellt seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den **Antrag**, aus dem Haushaltsrest der Niedrigenergiehaus-Förderung einen Zuschuss für die Installation einer Solaranlage als auch für die Anschaffung einer Holzheizung i.H.v je 50,00 € zu gewähren.

Auf Anfrage des Ratsherrn **Aßmann** teilt StOVR **Temme** mit, dass derzeit ein Haushaltsrest i.H.v. 2.300 DM (1.175,98 €) zur Verfügung steht.

Ratsherr **Lohre** ist der Auffassung, dass aufgrund der kostenintensiven Installation einer Solaranlage, die Förderung i.H.v. 50 € nicht den gewünschten Anreiz bieten wird. Ratsherr **Wintermeyer** fügt dem hinzu, dass der damit verbundene Verwaltungsaufwand hier in keiner Relation stehen dürfte.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt den o.g. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließend mit 11 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich** ab.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt anschließend **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat, die Förderrichtlinie für die Niedrigenergiehaus-Förderung in der Stadt Brakel mit Wirkung zum 01. Februar 2002 aufzuheben, da die staatliche Energiesparverordnung zum 01. Februar 2002 in Kraft tritt und dadurch das Niedrigenergiehaus zum Standard bei zukünftigen Neubauten wird.

## **8. Bekanntgaben der Verwaltung**

### **Anmeldungen an den weiterführenden Schulen im Schuljahr 2002/2003**

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** gibt den Mitgliedern des Ausschusses im Hinblick auf das bevorstehende Schuljahr einen Überblick über die Anmeldungen an den weiterführenden Schulen (Sekundarstufe I).

Die Übersicht ist der **Niederschrift als Anlage** beigelegt.

### **Zusätzliche Finanzbelastung durch das Land NRW**

Berichterstatter: Bürgermeister

Das Land Nordrhein-Westfalen wird die Städte und Gemeinden durch die Erhebung einer sog. Krankenhausumlage höher als erwartet belasten. Der ursprünglich vorgesehene Vorwegabzug im Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 ist zwar gestrichen worden, doch die Beteiligung der Kommunen an den Investitionskosten im Krankenhausbereich hat Bestand.

Diese Umlage wird im Wege eines einwohnerbezogenen Kostenanteiles im Krankenhausgesetz realisiert und bedeutet für die Stadt Brakel eine Mehrbelastung i.H.v. rd. 80.500 €.

Da die Haushaltspläne für das Jahr 2002 bereits verabschiedet sind, trifft diese Entscheidung die Kommunen völlig unerwartet.

### **Kürzung der Landeszuweisungen im Jahr 2003**

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** gibt bekannt, dass die Abrechnung zwischen dem Land NRW und den Kommunen im Jahr 2001 ergeben hat, dass 2003 mit den Zuweisungen an die Gemeinden ein Erstattungsanspruch des Landes i.H.v. 665 Mio. € verrechnet werden muss.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung.

**Spieker**  
(Bürgermeister)

**Nolte**  
(Schriftführerin)